

Statement

anlässlich des Pflegeforums

„Pflege von morgen – Weichenstellungen und Herausforderungen“

am 26. November 2014 in München

gehalten von

Ulrike Elsner,

Vorstandsvorsitzende des

Verbandes der Ersatzkassen e. V.

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Ministerin,
sehr geehrte Damen und Herren,

wenn Sie in diesem Jahr 50 geworden sind, dann herzlichen Glückwunsch. Sie gehören zu dem geburtenstärksten Jahrgang, den es in Deutschland je gegeben hat. Als Mann haben sie voraussichtlich noch etwa 28 Jahre zu leben und werden knapp 78 Jahre alt. Als Frau werden sie im Durchschnitt fast 84. Und die ein oder andere wird noch deutlich älter. Das ist zunächst sehr erfreulich. Denn prinzipiell wollen wir alle lange leben. Nur alt werden wollen wir nicht!

Bei manchen kommt diese Angst schon beim 30. Geburtstag hoch. Andere geraten später in eine Midlife Crisis. Viele beneiden jüngere Menschen für ihr Aussehen, trauern ihrer Jugendlichkeit nach und die Werbung tut das ihrige.

Natürlich sorgen sich Menschen nicht nur um das Nachlassen von Attraktivität und Fitness; der mögliche Verlust des Partners, aber auch Erkrankung und Pflegebedürftigkeit können bewirken, dass manche Angst vor dem Alter haben.

Ich möchte den z.T. düsteren Szenarien in der öffentlichen Diskussion entgegentreten, in denen dramatische Versorgungsprobleme, ein genereller Pflegenotstand und der Zusammenbruch der Sozialsysteme an die Wand gemalt werden. Diese Szenarien sind zum Teil interessengeleitet und erzeugen auch Ängste. Natürlich, eine älter werdende Bevölkerung bedeutet neue Herausforderungen für die Gesellschaft. Positiv ist - wir leben länger und oft erwarten uns viele gesunde Jahre. Nichtsdestotrotz steigt mit dem Alter auch die Angewiesenheit auf Hilfe. Und zwar in vielerlei Hinsicht.

Die demografische Entwicklung wird auch in der Pflegeversicherung zu spüren sein. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird steigen. Ich meine, unsere reiche Gesellschaft kann die damit einhergehenden Herausforderungen innerhalb der solidarisch finanzierten Systeme durchaus stemmen. Sie muss es nur wollen!

Und wir haben auch keine Alternative dazu.

Private Zusatzversicherungsmodelle wie der „Pflege-Bahr“ sind keine Alternative. Denn Geringverdiener können ihn sich nicht leisten und für die Masse der Babyboomer, die in zehn, fünfzehn Jahren in Rente gehen, kommt er zu spät. Daneben muss man sich auch fragen, woher die uneingeschränkten Befürworter kapitalgedeckter Absicherungssysteme überhaupt noch ihren Optimismus hernehmen. Die Markt- und Zinsdaten liefern jedenfalls keine Gründe dafür.

Die Bundesregierung will jetzt mit einem Fonds, in dem ab dem nächsten Jahr die Mittel entsprechend 0,1 Beitragssatzpunkten einfließen, den zunehmenden Leistungsbedarf absichern. Dieser Fonds soll bis zum Jahr 2035 gefüllt werden.

Aber der Pflegevorsorgefonds ist auch keine Alternative. Natürlich ist es gut, wenn sich eine Regierung Gedanken um die Probleme der Generation von morgen macht. Es ist auch gut, dass sie Irrtümer nicht wiederholen und – anders als beim Pflege-Bahr – auf eine Lösung innerhalb der sozialen Sicherungssysteme setzt. Damit ist zumindest eine paritätische Finanzierung sichergestellt. Das aber eine Nachhaltigkeitsreserve in dieser Form und mit dem angestrebten Volumen ausreicht, das angestrebte Ziel zu erreichen, muss bezweifelt werden.

Ein Pflegevorsorgefonds, der die Beitragssätze dauerhaft stabil halten will, muss die steigende Zahl der Leistungsempfänger berücksichtigen. Und er muss berücksichtigen, dass der Anteil der Beitragszahler geringer wird.

Wir haben im Vorfeld der Gesetzgebung selbst gerechnet. Ein Pflegevorsorgefonds müsste mit deutlich mehr Geld ausgestattet werden als geplant. Und im Ergebnis würde es nur gelingen, den Beitragsbedarf ab 2040 minimal abzufedern.

Zudem verstehe ich auch alle Skeptiker, die auf die latente Gefahr einer staatlichen Zweckentfremdung der Versichertengelder hinweisen.

Angesichts dessen erscheint es mir besser, das Geld für die Einführung des neuen Pflegebegriffs zu nutzen und so konkret für die Versorgung zu nutzen. Hierfür sieht die Politik laut Koalitionsvertrag bislang 0,2 Beitragssatzpunkte vor, die mit einem zweiten Pflegestärkungsgesetz zum Ende dieser Wahlperiode erhoben werden sollen. Das ist knapp bemessen. Die 0,1 Beitragssatzpunkte, die für den Pflegevorsorgefonds vorgesehen sind, wären an dieser Stelle gut verwendet.

Wir zahlen in der Pflegeversicherung heute einen Beitragssatz von 2,05 Prozent. Ende dieser Wahlperiode werden es 2,55 Prozent sein. Dieser Beitrag wird in den nächsten Jahren moderat ansteigen müssen, wenn wir das heutige Leistungsniveau der Pflegeversicherung erhalten wollen. Und das sollten wir tun. Deshalb ist es meines Erachtens auch unerlässlich, die Leistungen, die ja als „Teilkasko“ ausgestaltet sind, regelmäßig zu dynamisieren. Die Leistungshöhen sollten an eine gesamtwirtschaftliche Kenngröße gekoppelt werden. Zum Beispiel an die allgemeinen Preissteigerung. Damit es zu keiner schleichenden Entwertung kommt

und die Pflegeversicherung langsam erodiert. Denn zur Pflegeversicherung gibt es keine Alternative.

Für die dauerhafte Akzeptanz der Pflegeversicherung gibt es drei Themen, drei Herausforderungen, die ich besonders in den Blick nehmen möchte.

Erstens: Wir müssen sicherstellen, dass genügend Menschen in der Pflege arbeiten wollen.

Denn die demografische Entwicklung bewirkt einen steigenden Bedarf an Pflegekräften. Nicht nur weil die Zahl der Pflegebedürftigen an sich steigt, sondern auch weil weniger junge Menschen geboren wurden oder werden. Jedem einzelnen Pfleger oder Pflegehelfer werden zunehmend mehr Pflegebedürftige gegenüber stehen. Es wird darauf ankommen, dass der Pflegeberuf für den Nachwuchs attraktiv ist.

Heute leisten über 950.000 Beschäftigte in über 24.000 Heimen und ambulanten Diensten einen wirklich guten Job. Der Pflegeberuf ist ein anspruchsvoller, wichtiger und anstrengender Beruf. Die Menschen, die diesen Beruf ausüben, haben meinen höchsten Respekt. Die Pflege kann aber auch ein schöner Beruf sein. Wenn die Arbeit am Menschen nicht zu kurz kommt. Das setzt gute Arbeitsbedingungen voraus. Und natürlich muss auch die Entlohnung stimmen. Hier sind zuerst einmal die Arbeitgeber gefordert. Die hohe Fluktuation in diesem Bereich ist ein deutliches Signal, dass hier Handlungsbedarf besteht.

Gut ist, dass sich nach wie vor junge Menschen für die helfenden Berufe interessieren. Der Pflegeberuf stellt zwar hohe Anforderungen, bietet aber auch

ausgezeichnete Berufschancen. Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe hat bestätigt: Es gibt bei jungen Menschen grundsätzlich kein mangelndes Interesse an der Ergreifung eines Pflegeberufes. Das ist zunächst einmal ein gutes Zeichen für unsere Gesellschaft.

In diesem Zusammenhang begrüße ich die bayerische HERZWERKER-Kampagne, mit der bei Jugendlichen für den Pflegeberuf geworben wird, ausdrücklich. Daneben möchte ich aber auch die Bund/Länder-Offensive zur Ausbildung und Qualifizierung erwähnen. Deren Maßnahmen sind vielfältig und setzen schon bei Schülerpraktika an.

Dazu passt aber ganz und gar nicht, dass in einzelnen Bundesländern junge Menschen, die sich für den Pflegeberuf entscheiden, Geld für ihre Ausbildung bezahlen müssen. Das schreckt ab!

Vor allem, wo in den meisten Ausbildungsberufen der Auszubildende Geld bekommt – statt es zu bezahlen. Bayern ist hier vorbildlich und hat das Schulgeld bereits faktisch abgeschafft. Wir sollten in allen Bundesländern gleich verfahren und eine Ausbildungsumlage einführen. Einrichtungen, die sich bereit erklären auszubilden, sollten die Ausbildungsvergütung daraus erstattet bekommen. Es soll auch dafür gesorgt werden, dass überall angemessene Ausbildungsvergütungen gezahlt werden.

Zweitens:

Wir müssen die Pflege entbürokratisieren.

Wir wissen, dass professionell Pflegende unter bürokratischen Aufwänden leiden. Die Pflegedokumentation steht seit langem in der Kritik. Immer wieder wird berichtet, dass vor lauter „Schreibkram“ die Arbeit am Menschen zu kurz kommt.

Das darf natürlich nicht sein. Gerne haben wir uns deshalb auch im Projekt der Ombudsfrau zur Entbürokratisierung der Pflege, Frau Beikirch, engagiert. Dabei hat sich sehr schnell gezeigt, dass eine schlanke Pflegedokumentation auf der einen Seite und der Anspruch auf eine nachvollziehbare Leistungsdokumentation auf der anderen Seite kein Widerspruch sein muss. Und das sich der eine oder andere bürokratische Zopf ohne weiteres abschneiden lässt.

Unstrittig ist, dass ein Mindestmaß an Dokumentation immer sein muss. Sie dient nicht zuletzt der Qualitätssicherung. Und ich bin optimistisch, dass die bisher modellhaft erzielten Ergebnisse bald bundesweit zum Tragen kommen und wir damit die in der Pflege Tätigen ein Stück weit entlasten.

Entbürokratisieren sollte man aber auch den Leistungsbereich. Denn der gleicht in der Pflege mittlerweile einem Dschungel. Das ist zum einen ein Ergebnis neuer und begrüßenswerter Leistungen wie den Entlastungsleistungen oder der sogenannten Pflegestufe Null. Zum anderen hat sich aber das Leistungsspektrum stark ausdifferenziert. Für den Pflegebedürftigen wird es immer weniger ersichtlich, welche Leistungsansprüche er hat.

Hier kommt die Pflegereform mit guten Ansätzen daher. Wir müssen bedenken: Etwa 70 Prozent der Pflegebedürftigen werden Zuhause betreut. Viele unter ihnen werden von der Stärkung der Tages- und Nachtpflege, von den neuen Entlastungsleistungen zur Unterstützung im Haushalt und von dem flexibleren Umgang mit der Kurzzeit-

und Verhinderungspflege profitieren. Meiner Ansicht nach hätte man an der einen oder anderen Stelle noch ein wenig weiter gehen können.

Bis heute sind Verhinderungs- und Kurzzeitpflege zwei unterschiedliche Leistungen, im Grunde jedoch mit dem gleichen Ziel: Die pflegenden Angehörigen vorübergehend von der täglichen Pflege zu entlasten. Jedoch sind die beiden Leistungen derzeit in unterschiedlichen Vorschriften geregelt und an unterschiedliche Voraussetzungen und Fristen gekoppelt. Das kann man auch zusammenfassen! Das würde es für den Versicherten verständlicher und handhabbarer machen. Und ganz nebenbei zu einem Bürokratieabbau bei den Pflegekassen führen.

Sie kennen sicherlich den Ausspruch „Zuhause ist es doch am schönsten.“ Das ist im Kontext von Reisen in ferne Länder natürlich mit einem Augenzwinkern gemeint. Mit Blick auf das Altwerden und möglicher Hilfebedürftigkeit bekommt er eine andere Bedeutung und eine große Ernsthaftigkeit. Für eine Reihe von Menschen ist das Seniorenheim die richtige Wahl. Menschen, die diesen Schritt gemacht haben, sagen anschließend oft, sie hätten es schon viel früher tun sollen.

Viele Menschen geben jedoch dem Leben in der eigenen Häuslichkeit den Vorzug. Unsere dritte Herausforderung für die Zukunft der Pflege besteht darin, dieses umfassend zu ermöglichen.

Mittlerweile machen immer Menschen davon Gebrauch, im Alter „zusammenzurücken“. Die Alten-WG ist längst eine Alltagserscheinung geworden. Ich finde es gut, dass mit der Pflegereform solche „alternativen Wohn- und Betreuungsformen“ nochmals unterstützt werden. So erhöht sich der

Wohngruppenzuschlag auf monatlich 205 Euro. Und – auch das ist neu – Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz können beim Zuschlag ebenfalls berücksichtigt werden. Daneben wird das Antragsverfahren deutlich vereinfacht, indem auf bundesweit gleiche leistungsrechtliche Kriterien umgestellt wird.

Ich finde es auch gut, dass mit der Reform zusätzliche Betreuungs- und Entlastungsleistungen zustehen und ein Anteil von 40 Prozent des ambulanten Sachleistungsbudgets insbesondere für haushaltsnahe Tätigkeiten individuell verwendet werden kann. Solche Regelungen helfen mit, die die individuell benötigten Hilfestellungen zu organisieren und die eigene häusliche Versorgung sicherstellen zu können. Das ist eine gute Grundlage –wir brauchen aber auch die entsprechenden Versorgungsangebote und Strukturen vor Ort.

Hier ist noch einiges zu tun. Und hier kommt es auf Koordination, Vernetzung, Zusammenarbeit und Transparenz an. Die Versorgung vor Ort – bzw. in den „Quartieren“, wie es im Pflegejargon heißt – zwingt Kommunen, Wohlfahrts- und Hilfeorganisationen, Ehrenamtliche und Professionelle an einen Tisch. Hier ist Kreativität gefragt – Lösungen „von oben“ verfehlen ihr Ziel.

Wir auf der Bundesebene können dafür sorgen, dass die leistungs- und sozialrechtlichen Grundlagen so gestaltet werden, dass sie die geforderten kreativen Lösungen ermöglichen. Und hier sind wir mit dem Pflegestärkungsgesetz I einen guten Schritt weitergekommen. Die konkreten Aktivitäten für ein attraktives Versorgungsangebot jedoch finden vor Ort statt und das ist auch sachgerecht.

Meine Damen, meine Herren,
Veränderungen fangen im Kopf an!

Wir können nicht über die Herausforderungen in der Pflege reden, ohne eine Diskussion über den Stellenwert alter Menschen in unserer Gesellschaft zu führen. Ich denke, es ist unsere Pflicht, hierzu klar Stellung zu beziehen.

Wenn wir wollen, dass es auch alten Menschen in Deutschland gut geht – und davon gehe ich aus – dann wird das auch Geld kosten.

Wir Ersatzkassen wollen eine starke Pflegeversicherung mit verlässlichem Leistungsversprechen.

Wir wollen auch eine bessere Palliativ- und Hospizversorgung.

Und wir wollen, dass allen Menschen an ihrem Lebensende in guten Händen sind. Kein Mensch in Deutschland soll Angst davor haben, im Alter nicht gut versorgt zu werden. Und es gibt hier auch gute individuelle Modelle.

Als vdek beschäftigen wir und unsere Mitgliedskassen uns seit Jahren mit den besonderen Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft an die medizinische und pflegerische Versorgung. Wir sagen z.B., dass wir mehr geriatrisch weitergebildete Hausärzte brauchen.

Wir loben nunmehr im sechsten Jahr unseren vdek-Zukunftspreis aus. Der Zukunftspreis prämiert Ideen und Versorgungskonzepte für eine älter werdende Gesellschaft. Dabei befassen wir uns mit Themen wie dem bürgerschaftlichen Engagement für Gesundheit und Pflege (2011), mit dem Thema Multimorbidität (2012) oder generationsübergreifenden Ansätzen für ein Leben im Alter (2013).

Nicht nur die Preisträger – eine Vielzahl der Bewerbungen zeigen uns, welche Potentiale in unserer Gesellschaft schlummern. Die Jury hat jedenfalls die Qual der Wahl. Mitglied der Jury war über viele Jahre der Patientenbeauftragte der Bundesregierung Wolfgang Zöllner.

Ein Preisträger des Jahres 2011 kam übrigens aus Bayern. Prämiert wurde ein Bürgernetzwerk im fränkischen Rödental. Dieses hat zum Ziel, dass Senioren so lange wie möglich zu Hause wohnen können. Das Netzwerk koordiniert Hausbesuche, organisiert häusliche Hilfen und Nachbarschaftstreffen, dazu gibt es Sprechstunden, Gedächtnistrainings und eine Sturzprophylaxegruppe. Und alles auf ehrenamtlicher Basis. Es gibt viele solcher Beispiele. Sie alle zeigen: Wenn man will, kann man viel bewegen!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.